

07-02-2014

„Uns hätten sie ins Bezirkskrankenhaus eingewiesen“

Bei der letzten Kommunalwahl war er der glückliche Dritte: Mit fast 13 Prozent als Oberbürgermeisterkandidat schaffte Ludwig Artinger (ein Kurzporträt) einen Achtungserfolg. Die ehemals nur durch Guerilla-Stadtrat Günther Riepl vertretenen Freien Wähler sind derzeit drittstärkste Fraktion und nach anfänglichen Kappelleien kommen sich Artinger und CSU-Fraktionschef Christian Schlegl immer näher. Wofür der Amtsrichter allerdings thematisch steht, ist manchmal schwer zu greifen. Über ein paar Punkte haben wir mit ihm gesprochen.

„60 Millionen für die Stadtbau? Das wäre Wahnsinn!“

Sozial ist auch das Thema, mit dem im Moment alle Wahlkampf machen: bezahlbarer Wohnraum. Sie schreiben auf Ihrer Homepage, die Stadt müsse künftig mehr Gebiete in Eigenverantwortung überplanen und so für günstige Preise sorgen. Außerdem betonen Sie, dass die Stadtbau dabei eine tragende Rolle spielen soll. Was soll das mit der tragenden Rolle genau bedeuten?

Zunächst einmal finde ich es interessant, womit SPD und CSU Wahlkampf machen. Da findet jetzt so ein Wettbewerb statt, wo jeder mit der Wundertüte herumrennt und sagt: Ich biete am Meisten. Der eine will in sechs Jahren 60 Millionen in die Stadtbau pumpen, der andere will 10.000 Wohnung in sechs Jahren bauen. Wenn man diesen Wahlversprechen auf den Grund geht, dann heißt doch das letztlich nichts anderes, als dass die beiden in den letzten sechs Jahren und die CSU weitere zwölf Jahre davor so schlecht gewirtschaftet haben, dass wir jetzt eben diesen eklatanten Mangel an Wohnungen haben. Das ist wieder einmal eine politische Bankrotterklärung.

Uns ist es wichtig und wäre in der Vergangenheit wichtig gewesen, dass die Stadt selber Gebiete entwickelt, wie es jetzt zum Beispiel bei der Nibelungenkaserne passiert. Die Stadt müsste überall dort, wo es möglich ist, in aller Stille Grund und Boden aufkaufen, entwickeln und dann kostendeckend ohne Gewinn an den Bürger weitergeben. Ich hoffe, dass wir das bei der Prinz Leopold- und der Pionierkaserne schaffen.

Und was soll die Stadtbau für eine tragende Rolle spielen? Geld ausgeben wollen Sie nicht. Was soll stattdessen passieren?

Ich halte es nicht für den richtigen Weg, 60 Millionen binnen sechs Jahren in die Stadtbau zu pumpen. Woher soll man das Geld nehmen? Natürlich wird die Stadtbau die tragende Rolle bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit Sozialbindung spielen. Aber sie kann dafür nicht dauerhaft am Tropf der Stadt hängen. Das wäre ja Wahnsinn. Wir können die Stadtbau unterstützen, wie das jetzt zum Beispiel in der Nibelungenkaserne gemacht worden ist. Wir wollen Sozialwohnungen, darum bekommt unsere Tochter die Grundstücke deutlich unter Marktwert, mit der Auflage dort bezahlbare Wohnungen zu schaffen.

Seltsames Abstimmungsverhalten im Aufsichtsrat? „Ich war nicht in diese Entscheidung involviert.“

Aber bei der Stadtbau fehlt doch jetzt schon Geld, oder? Geschäftsführer Joachim Becker begründet Mieterhöhungen, für die er oft kritisiert wird, insbesondere mit dem Argument, dass das Geld für Neubauten ja irgendwoher kommen müsse.

Ich habe natürlich nicht die Innenansicht wie Herr Becker, um das auf Euro und Cent nachvollziehen zu können. Aber eines ist auch klar: Die Stadtbau als 100prozentige Tochter der Stadt macht die Wohnungspolitik, die ihr von der Regierungsmehrheit vorgegeben wird. Sie darf nicht jeden gesetzlichen Spielraum ausnutzen, was z.B. Mieterhöhungen anbelangt. Wenn die Stadtbau am Wohnungsmarkt so agiert wie jeder private Investor, dann brauchen wir sie eigentlich gar nicht mehr. Falls das mit den vorhandenen Mitteln nicht der Fall sein sollte, dann muss man überlegen, ob man bereit ist als Stadt entsprechend einzugreifen. Aber das politische Ziel ist klar: Die Stadtbau muss mit gutem Beispiel voran gehen. Sie muss sozialer und mieterfreundlicher sein als andere.

Warum haben die Freien Wähler dann im Aufsichtsrat der Stadtbau gegen eine vorzeitige Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen gestimmt? Das hat dazu geführt, dass die Stadtbau noch hunderte Mieterhöhungen verschickt hat, ehe die Kappungsgrenze für ganz Regensburg eingeführt wurde. Das passt doch nicht mit dem zusammen, was Sie eben gesagt haben.

Ich bin nicht persönlich im Aufsichtsrat der Stadtbau. Ich war nicht in diese Entscheidung involviert. Ich kenne nicht die Argumente, die dazu geführt haben, dass die Mehrheit des Aufsichtsrats dagegen war. Ich weiß es nicht. Und selbst wenn ich es wüsste – das sind Dinge aus einer nichtöffentlichen Sitzung. Das ändert aber nichts an der politischen Bewertung, die ich vorher getroffen habe: Die Stadtbau darf die gesetzlichen Spielräume nicht so ausnutzen, wie jeder andere Investor. Wenn nach dem Beschluss des Stadtrats für die Kappungsgrenze und vor deren offizieller Einführung noch Erhöhungen über 15 Prozent eingeleitet wurden, die nicht schon früher in Gang gesetzt worden sind, dann wäre das bedenklich. Das geht nicht. Und so etwas darf es in Zukunft auf keinen Fall mehr geben. Da würden wir eingreifen, sofern wir politische Verantwortung tragen.